



Realitätscheck

Von Tatjana Heid

Die Ampel tritt für eine restriktive Rüstungspolitik ein, so steht es im Koalitionsvertrag. Waffenlieferungen in Krisengebiete sind darin nicht vorgesehen. Und doch werden Stimmen aus der FDP laut, über Defensivwaffen für die Ukraine nachzudenken. Bei SPD und Grünen dürfte das kaum auf Begeisterung stoßen. Als Nach-Grünen-Chef Robert Habeck im vergangenen Jahr dasselbe forderte, emporgelacht die Partei zuzustimmen. Einige rhetorische Verrenkungen notwendig, bis die Grünen seine Äußerungen wieder eingefangen hatten. Anfang dieser Woche hat Außenministerin Annalena Baerbock abermals entsprechende Forderungen der Ukraine zurückgewiesen. Steigt aber der Druck, könnte es sein, dass sich die Grünen einem weiteren Realitätscheck stellen müssen.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz ließ am Mittwoch ausrichten, dass die Bundesregierung „keine leialen Waffen“ liefern werde – das gelte auch für Defensivwaffen, falls diese todringend eingesetzt werden könnten. Vielleicht lässt sich in dieser Betonung bereits ein Weg aus dem drohenden Konflikt innerhalb der Koalition erahnen. Nicht viel anders haben es die Grünen nach dem Habeck-Vorstoß gemacht, indem sie ihn so deuteten, dass er nicht Waffen, sondern vielmehr Nachsicht- und Aufklärungsgeräte gemeint habe. Und Scholz hat in der Behandlung von Nord Stream 2 bereits bewiesen, dass er durchaus in der Lage ist, galant von ursprünglichen Positionen abzurücken.

Mit der Geburt

Von Marlene Grunert

Wenn es um das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung geht, dürften adoptierte Kinder nicht schlechter gestellt werden als andere. Das hat der Bundesgerichtshof am Mittwoch aus guten Gründen klargestellt. Er gab einer Frau recht, die kurz nach ihrer Geburt adoptiert wurde und von ihrer biologischen Mutter vergeblich Auskunft über ihren biologischen Vater verlangt. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung ist aber Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. So hat es das Bundesverfassungsgericht schon 1989 entschieden. Für die meisten Menschen ist es schließlich eine Lebensfrage, wer die biologischen Eltern sind.

Eine Adoption ändert daran in der Regel nichts. Mit ihr erlischt zwar das rechtliche Verhältnis zwischen biologischer Mutter und Kind. Der Auskunftsanspruch, der mit der Geburt entstanden ist, bleibt aber bestehen. Was aus der damaligen Entscheidung für Kinder, Väter und Scheinväter im Einzelnen folgt, ist bis heute umstritten. Ihren Rechten können andere entgegenstehen. Dazu zählen die informationelle Selbstbestimmung der Mutter und ihre Intimsphäre – für deren Achtung sie allerdings gute Gründe vorweisen muss. In dem Verfahren vor dem Bundesgerichtshof gab die Mutter an, sich „an keinen möglichen Erzeuger“ erinnern zu können. Mit diesem Hinweis hat sie, wie es im Zivilrecht heißt, den Auskunftsanspruch nicht erfüllt.

Am 10. Oktober 1974 sprang Joseph Wulf aus einem Fenster seiner Wohnung im 4. Stock der Berliner Giesebrechtstraße in den Tod. Über dem Schreibtisch des Auschwitser Überlebenden hing ein Zettel, auf dem stand: „Denk an sechs Millionen“ Wulf, geboren in Chemnitz, aufgewachsen in Krakau, hatte dem jüdischen Widerstand im Ghetto angehört. Ein Großteil seiner Familie wurde ermordet, seine Frau Jenta und ihr Sohn David überlebten, versteckt bei polnischen Bauern. Nach dem Krieg ließ er sich im Westteil Berlins nieder. Wulf wollte, er musste über die Verbrechen an den europäischen Juden berichten. Er suchte die Schuldigen namhaft zu machen. Unermüdlich sammelte Wulf Belege, schrieb 18 Bücher und zahllose Artikel über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen. In Berlin kämpfte er jahrelang um einen Ort der Erinnerung an die Opfer und an die Taten der Täter. Vergeblich.

Anfang August 1974, seine Frau war zuvor gestorben, schrieb er resignierter an seinen Sohn: „Du kannst Dich bei den Deutschen totdokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein – und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchtigen Blumen.“ Wulf, damals 61 Jahre alt, hatte mit Büchern wie „Das Dritte Reich und seine Vollstrecker“ gegen das Vergessen angeschrieben. Seit Anfang der Sechzigerjahre setzten er und viele Prominente aus Wissenschaft, Kunst und Kultur sich für ein internationales Forschungs- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus ein. Den Ort des geplanten Zentrums wählte Wulf mit Bedacht: Es sollte die Villa am Großen Wannensee 55-58 sein, wo am 20. Januar 1942 eine weitreichende Besprechung zur „Endlösung der Judenfrage“ abgehalten worden war, die „Wannseekonferenz“. Eingeladen zu dem Treffen hatte Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Gekommen waren 15 hohe Vertreter des Innenministeriums, des Justizministeriums, des Auswärtigen Amtes, der Reichskanzlei, dazu Vertreter der Besatzungsbehörden in Osteuropa – Staatssekretäre, Abteilungsleiter, Ministerialdirektoren, Amtschefs. Zu ihnen gesellten sich einige Praktiker des Massenmordens, etwa der Kommandeur der Sicherheitspolizei im Generalbezirk Lettland, Rudolf Lange. Der promovierte Jurist hatte noch am Vortrag der Konferenz eine Massenerschließung bei Riga befohlen. Heydrich war von Hermann Göring beauftragt worden, die Endlösung der europäischen Judenfrage vorzulegen.

Gemeint war damit die Ermordung von bis zu elf Millionen Juden von Frankreich bis in die Sowjetunion. Aber schon bis zum Zeitpunkt der Konferenz waren Hunderttausende Juden getötet worden. Und nicht nur sie. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 hatten Wehrmacht und Zivilverwaltung etwa zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene verhungern lassen oder erschossen. Bei der Wannseekonferenz wurde nun der Übergang von organisierten Massenmord zum fabrikmäßigen Genozid erörtert. Im Zuge der „Endlösung“ würden die meisten deportierten Juden Europas „zweifellos durch natürliche Verminderung ausfallen“. Der dann „allfällig endlich verbleibende Restbestand“ wird, da es sich bei diesem zweitbesten um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen. Also getötet. Denk an sechs Millionen“, stand an Wulfs Schreibtisch. Er wollte die Wannseevilla als Dokumentations- und Erinnerungsort nutzen. Seine Gegner, reich an Zahl, schrieben in den Sechzigerjahren von einem „Rachedenkmal“ und einem Haus, „das den Unfrieden, den Hass verewigen soll“.

Heydrich hatte den Tagungsort sorgsam gewählt: ein gediegenes Ambiente mit schöner Aussicht auf den See. Der SS-Obergruppenführer habe seinen Machtanspruch demonstrieren, die hochrangigen Gäste beeindruckten wollen, vermühten Historiker wie Mark Roseman. Die Einladung verhielt: „Besprechung mit anschließendem Frühstück.“ Wobei die

Nach langem Ringen wurde das Haus der Wannseekonferenz ein Gedenkort.

Von Peter Carstens, Berlin

kein Ort der Erinnerung, sondern Schul- landheim des Berliner Stadtteils Neukölln. Der Bezirk, aber auch die Berliner SPD, verteidigten das Gebäude 20 Jahre lang gegen seine Umwidmung in eine Gedenk- und Bildungsstätte.

Nach der Einnahme der Stadt hatten zunächst Sowjetsoldaten das Haus besetzt, später nutzten es amerikanische Militärs. Zwei Jahre nach dem Krieg zog das sozialdemokratische „August Bebel-Institut“ ein. Ungefähr zur gleichen Zeit entdeckte der Anführer in den Nürnberger Prozessen, Robert Kempner, das Protokoll der Wannseekonferenz. Die Geschichte des Hauses war jedenfalls bekannt, als 1952 der Bezirk begann, Neuköllner Kinder und Jugendliche zur Freizeit dorthin zu schicken. Es gibt Fotos vom Ringelreihen im Garten, abendlichen Treffen vor dem



Foto: GHVK Berlin, Joseph Wulf Bibliothek

Nach 1945 ein Landschulheim! Das Haus der Wannseekonferenz

eben als der Ort der Wannseekonferenz. Protokollant des Treffens am 20. Januar war Adolf Eichmann, Leiter des Referats IV B4 für „Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten“. Bei seinem Prozess in Jerusalem berichtet er später von der heiter-beschwingten Runde. Es sei eine freudige Zustimmung allseits festzustellen“ gewesen, unverbürgt, als es dem Protokoll zu entnehmen sei.

on 30 Ausfertigungen existiert nur die 16. Unterstaatssekretär Martin Luther vom Auswärtigen Amt hatte sie bekommen. Sie landete in einer Handakte, die der späten Spurenbesichtigung entging. Luthers Enkelin Ulrike, die im Sommer 2021 den heutigen Gedenkort besuchte, schrieb ins Besucherbuch: „Ich schäme mich zutiefst für meinen Großvater Martin Luther.“ Andere Familien ehrten die Bürokraten des Genozids bis zuletzt. Die Verwandtschaft von Gerhard Klopfer, der für die Parteikanzlei der NSDAP an der Wannseekonferenz teilnahm und später Rechtsanwalt wurde, gab 1987 in einer Todesanzeige bekannt, man trauere um Mann, Bruder, Vater und neunzehnjährigen Großvater „nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren“. Die Annonce löste Proteste aus. Das Haus, in dem unter Klopfers Mitwirkung die Tötung von Millionen Menschen bürokratisch-praktisch erörtert wurde, war damals noch immer

Akten tasche „Intré“ Handgearbeitete F.A.Z.-Edition

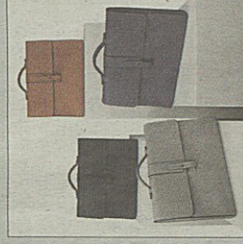
aus handschuhtweichem, mineralisch gegerbtem Flechtleder von Hammann-Lederwaren. Der mit Veloursleder gefütterte Innenbeutel bietet mehrere praktische Fächer für Ihre Utensilien und macht die Akten tasche zu Ihrem Begleiter im Arbeitsalltag.

Sichern Sie sich jetzt die kleine Akten tasche (36x27,5x5,5 cm) zum Preis von 750 Euro oder die große Akten tasche (42x31x9 cm) mit zusätzlichem Innenbeutel zum Preis von 840 Euro.



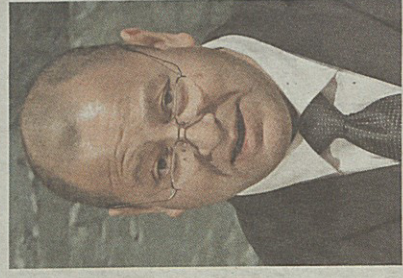
F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – exklusiv für F.A.Z.-Leser gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Besuchen Sie unseren Online-Shop!

faz.net/selection, Info: (069)7591-1010, Fax: (069)7591-80 82 52



Frankfurter Allgemeine SELECTION

TILL FAHNDEIS



TUFOU VI. Foto AP

Ein König in der Asche

Das Schicksal des Königs von Tonga ist noch ungewiss, so wie das der meisten seiner Landsleute. Nachdem der Untersee-Vulkan Hunga Tonga-Hunga Ha'apai mit großer Wucht ausgebrochen war und ein Tsunami die Küsten verwüstet hatte, gibt es so gut wie keine Verbindung mehr in den pazifischen Inselstaat. Es lassen sich nur wenige Hinweise auf den Verbleib von König Tufo'u VI. finden. So berichtete eine Publikation aus dem Nachbarinselsaat Fidschi, dass der König nach dem Vulkanausbruch rechtzeitig aus seinem Palast auf der Hauptinsel Tongatapu gefloht und von einem Militärkonvoi in eine Villa gebracht worden sei. Auf einem Internetvideo lässt sich verfolgen, wie das Küstengebiet um den erhöht liegenden Palast herum von einer Welle überrollt wird.

In jedem Fall wird er eine wichtige Rolle dabei spielen müssen, dem Inselstaat nach der Katastrophe wieder auf die Beine zu helfen. Die politische Macht liegt zwar seit einigen Jahren beim Parlament und der von ihm erwählten Regierung. Doch dass der Monarch weiter eine einflussreiche Funktion erfüllt, lässt sich schon daran erkennen, dass zu seiner Krönung im Jahr 2015 rund 15 000 im Ausland lebende Tongauer angereist waren. Die Zeremonie war von tagelangen Empfängen, Festen und rituellen Gelägen begleitet. Zum Höhepunkt der Feierlichkeiten setzte ihm ein australischer Methodenpater die Krone auf, da es den Tongauern selbst verbotenen ist, das Haupt ihres Königs zu berühren.

Mit seiner Krönung wurde der heute 62-Jährige auch zum 24. Tu'i Kanokupolu ernannt. Den Titel gibt es auf dem Archipel aus 170 Inseln länger als die Monarchie selbst. Den Thron hatte er aber schon seit dem Tod seines Bruders drei Jahre zuvor innegehabt. Unter dem Vorgänger hatte Tonga den Schritt zur konstitutionellen Monarchie getan, nicht gegen den Widerstand des Könighauses, aber doch unter dem Eindruck von Unruhen, die nur mithilfe australischer und neuseeländischer Truppen unter Kontrolle gebracht werden konnten.

Der dritte und jüngste Nachwuchs von Tufo'u IV., der das Land über vier Jahrzehnte regiert und für seine Leibesfülle bekannt gewesen war, war früh als Kronprinz auserwählt worden. Seine Laufbahn hatte ihn per sekt darauf vorbereitet. Mit britischer Schulbildung und Abschlüssen ausländischer Universitäten, Erfahrung als Minister, Regierungschef und oberster Vertreter Tongas in Australien weiß er sein Land zu repräsentieren. Er tut es auch, indem er auf die prekäre Lage hinweist, in der sich die tief liegenden pazifischen Inselstaaten infolge des Klimawandels und des steigenden Meeresspiegels befinden. Ihre Not ist auch durch die Katastrophe noch einmal deutlich geworden.